

## SHORT NEWS

**CCDH fordert weitere Bemühungen**

(tj) - Im Kampf gegen Gewalt gegen Mädchen und Frauen wurde hierzulande bereits viel getan, es bleibt aber noch Luft nach oben, so die Vertreter\*innen der konsultativen Menschenrechtskommission (CCDH) am Donnerstag auf einer Pressekonferenz. Anlass war die Vorstellung ihres Gutachtens zum Gesetzesprojekt 7167, das die Umsetzung der Istanbul-Konvention (woxx 1447) vorsieht. Auf ebendiese beruft sich die CCDH, wenn sie im Gesetzesentwurf fehlende Definitionen der Konzepte „weibliche Genitalverstümmelung“ und „häusliche Gewalt“ kritisiert. Im aktuellen Text liege der Fokus zudem ausschließlich auf der physischen Gewalt. Diese Beschränkung entspreche nicht den Forderungen der Istanbul-Konvention und müsse erweitert werden, so die Juristin Deidre Du Bois. Außerdem beanstandet die CCDH, dass die Bedürfnisse von Frauen, die sich aufgrund eines Handicaps oder eines Migrationshintergrundes in einer besonders verletzlichen Lage befinden, zu wenig bedacht wurden. Als größte Schwachstellen macht die CCDH fehlende Statistiken zu Gewalt gegen Frauen sowie mangelnde Bemühungen im Bereich der sexuellen und affektiven Bildung bei Kindern und Jugendlichen in der Schule aus. Sie legt der Regierung nahe, ihre Bemühung hinsichtlich Prävention, Information und Sensibilisierung künftig zu verstärken.

**Vergiss mich doch**

(ja) - Die Anstrengungen zur Müllvermeidung in Luxemburg gehen weiter. Bis Ende 2019 sollen im Jahr nur noch 90 Plastikbeutel pro Kopf verbraucht werden, bis Ende 2025 soll diese Menge sogar auf 40 reduziert werden. Die Beutel werden im Schnitt nur rund dreißig Minuten lang benutzt, um sogleich wieder im Müll zu landen. Um noch mehr Menschen zum Gebrauch von Stoffbeuteln oder dem wiederverwendbaren „Eco-Sac“ zu motivieren, startet Valorex gemeinsam mit den großen Supermarktketten eine neue Sensibilisierungskampagne. Zum einen wird der Preis der Einweg-Plastiktüten an den Supermarktkassen von drei auf fünf Cent erhöht, zum anderen erhalten die Tüten einen neuen Aufdruck. „Please forget me“, ist die Botschaft, die den Käufer\*innen nahelegen soll, das nächste Mal doch die Einwegtüte zu vergessen und an die nachhaltigere Stofftasche zu denken. Allerdings werden die alten, zwei Cent billigeren Plastiktüten nicht weggeworfen: Bis der Bestand erschöpft ist, werden sie noch verkauft. Seit der Einführung des wiederverwendbaren „Eco-Sac“ konnten laut Valorex rund 829 Millionen Plastiktüten eingespart werden. Das sind über 5.600 Tonnen Plastik.

**France : vers une évacuation de la ZAD ?**

(da) - Alors qu'une possible évacuation de la ZAD (zone à défendre) contre la construction d'un aéroport à Notre-Dame-des-Landes pourrait être décidée dans les jours à venir, un tribunal français a prononcé un non-lieu dans l'affaire de la mort du jeune militant écologiste Rémi Fraisse. Celui-ci avait été tué en 2014 par une grenade offensive lancée par un gendarme mobile lors d'affrontements autour d'une autre ZAD, celle de Sivens dans le Tarn, destinée à empêcher la construction d'un barrage. Les ZAD, zones occupées par des militant-e-s, le plus souvent écologistes, luttant contre des projets d'aménagement existent à plusieurs endroits en France. La plus connue est celle de Notre-Dame-des-Landes, où un conflit oppose partisan-e-s et détracteurs et détractrices d'un projet d'aéroport depuis les années 1970. Suite à un rapport rendu par des médiateurs et médiatrices, le gouvernement français compte prendre une décision définitive concernant la construction de l'aéroport d'ici la fin du mois. Selon plusieurs sources, l'option la plus probable serait celle d'un abandon du projet. Toutefois, une évacuation de la ZAD, en place depuis bientôt dix ans, serait toujours envisageable - même si cela impliquerait d'importants heurts entre les « zadistes » et leurs soutiens et les forces de police.

## AKTUELL

## WAHLEN IN KATALONIEN

**Wie gewonnen, so zerronnen?**

Tessy Troes

**Die Neuwahlen bringen in der Katalonienkrise zwei selbsterklärte Wahlgewinner, aber keine Einigungsansätze.**

„Präsidentin, Präsidentin“ hallt es über die Plaça d'Espanya in Barcelona, als Inés Arrimadas gegen Mitternacht das Podium betritt. Die Leaderin der liberalen Ciutadans-Partei proklamiert mit 25,37 Prozent aller Stimmen den Wahlsieg - ein Sieg für ein vereintes Katalonien, ein vereintes Spanien, ja ein vereintes Europa.

Doch auch im separatistischen Lager wird in dieser Wahlnacht des 21. Dezembers gefeiert - die drei Pro-Unabhängigkeitsparteien JxC, ERC und CUP kommen in den vorgezogenen Regionalwahlen zwar nur auf 47,5 Prozent der Stimmen, doch dank des katalanischen Wahlsystems, das die traditionell separatistischen ruralen Gegenden bevorzugt, auf eine absolute Mehrheit an Sitzen.

**Regieren per WhatsApp**

Eröffnet wird das neugewählte Regionalparlament am 17. Januar. Bis zu fünf der 135 Abgeordneten könnten aber von der Teilnahme an der ersten Sitzung ausgeschlossen sein, da sie sich entweder in Madrid in Haft oder in Brüssel im Exil befinden. So wurde etwa der Antrag des früheren Vizepräsidenten und Spitzenkandidat der separatistischen ERC, Oriol Junqueras, auf Entlassung aus der Haft in Madrid abgelehnt.

Carles Puigdemont seinerseits will angesichts eines in Spanien ausstehenden Haftbefehls weiterhin im Exil bleiben; er schließt aber sowohl eine telematische Teilnahme an der ersten Parlamentssitzung wie auch eine physische Rückkehr nach Katalonien nicht aus, sollte er als Präsident wiedergewählt werden. Mariano Rajoy, Präsident der Zentralregierung in Madrid, nennt solch eine Aktion „absurd“, Wahlsiegerin Arrimadas mokiert sich darüber, ob Puigdemont glaube, er könne die Generalitat über Internet und Whatsapp präsidieren. Der separatistische Block, der

mit 70 Sitzen die absolute Mehrheit hat, könnte am 17. Januar nur 65 Stimmen, und damit eine weniger als die Unionisten haben. Insgesamt 67 Stimmen werden für eine einfache, 68 für eine absolute Mehrheit gebraucht.

Am Wochenende kam Unruhe im separatistischen Lager auf, als katalanische Medien titelten, Puigdemont habe hinter vorgehaltener Hand gesagt, dass er eher Neuwahlen ausrufen würde, als einen anderen separatistischen Präsidenten zu akzeptieren. Am Dienstagabend konnten die Unabhängigkeitsanhänger aber aufatmen: In Brüssel hatten sich die beiden großen Unabhängigkeitsparteien ERC und JxC auf einen Pakt geeinigt. Auf die nötigen Stimmen für eine absolute Mehrheit, um Puigdemont als Präsidenten zu bestätigen, würden sie dank der kleineren separatistischen Partei CUP kommen.

Binnen zweier Wochen nach der Eröffnung des Parlaments - also bis zum 31. Januar - kommt es zur Wahl eines Präsidenten. Im ersten Wahlgang wird eine absolute Mehrheit benötigt, im zweiten reicht eine einfache Mehrheit. Die Regierung muss in den darauffolgenden zwei Monaten gebildet werden.

Dass Puigdemont sein Amt zurückgewinnt ist wahrscheinlich, ob und wie er sein Mandat ausüben kann, bleibt aber weiterhin unklar. Aus Madrid kamen indes erste Stimmen, dass man, im Falle einer Fortsetzung der Unabhängigkeitsbestrebungen, nicht zögern würde den Artikel 155 der spanischen Verfassung zu einer erneuten Absetzung des katalanischen Regionalparlaments auszurufen. Eins ist klar: Unterstützung für die Zentralregierung in Madrid gibt es in Katalonien kaum. Rajoy's Regionierungspartei kam bei den Wahlen auf lediglich 4 Prozent.

FOTO: WIKIMEDIA COMMONS

